

# #nichtneutral - Schule unter Druck.

Wertebildung am Pranger? Impulse einer Tagung.



# Impressum

**#nichtneutral - Schule unter Druck. Wertebildung am Pranger? Impulse einer Tagung.**

<b>Herausgeber:</b>	Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. (Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen) Könneritzstraße 7, 01067 Dresden www.netzwerk-courage.de/sachsen
	Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen Kraftwerk Mitte 32/ Trafohalle, 01067 Dresden www.weiterdenken.de
<b>Redaktion:</b>	Claudia Zenker, Elisabeth Adler, Nina Gbur, Anne Gersch
<b>Grafiken/Fotos:</b>	Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Tim Mönch (Seite 5, Seite 6), Johannes Grunert (Seite 15)
<b>Layout:</b>	Mitzomedia Dresden, Grafik-und Webdesign
<b>Redaktionsschluss:</b>	21.04.2020
<b>Auflage:</b>	1.000 Stück
<b>Erscheinungsjahr:</b>	2020
<b>V.i.S.d.P. :</b>	Nina Gbur, Geschäftsführung, Courage- Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. , Könneritzstr. 7, 01067 Dresden

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



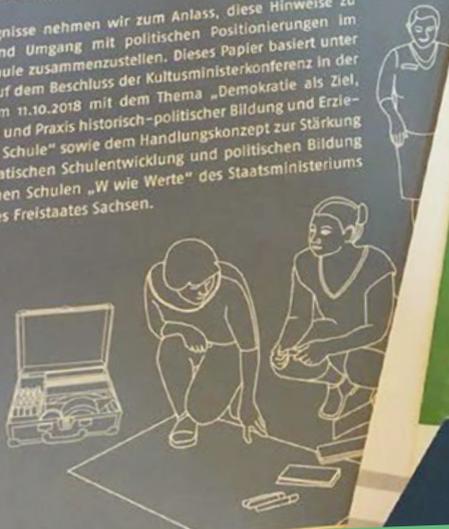
STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES  
UND GESELLSCHAFTLICHEN  
ZUSAMMENHALT



Sehr geehrte Lehrer\_innen,  
sehr geehrte Schulsozialarbeiter\_innen,

In den vergangenen Monaten wurde verstärkt von Schulen ein Bekenntnis zur politischen Neutralität gefordert. Dabei bleibt der Begriff „Neutralität“ aber inhaltlich meist ungefüllt und gibt viel Raum für Interpretation. Diese Forderung sorgt daher im Kontext Schule vielerorts für Verunsicherung, was gesagt und getan werden darf und was nicht. Die AfD-Fraktionen haben in einigen Bundesländern Portale im Internet eingerichtet, auf denen Schüler\_innen und Eltern Lehrkräfte mit vermeintlich nicht neutralen Positionen melden sollen.

Diese Ereignisse nehmen wir zum Anlass, diese Hinweise zu Haltung und Umgang mit politischen Positionierungen im Kontext Schule zusammenzustellen. Dieses Papier basiert unter anderem auf dem Beschluss der Kultusministerkonferenz in der Fassung vom 11.10.2018 mit dem Thema „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ sowie dem Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Schulentwicklung und politischen Bildung an sächsischen Schulen „W wie Werte“ des Staatsministeriums für Kultus des Freistaates Sachsen.



# INHALT

Vorwort -----	4
1. Angriff von rechts – „Kulturkampf“ als Strategie -----	5
2. Nicht neutral! Zum Umgang mit der Forderung nach Neutralität -----	8
Die Pflicht nicht nichts zu tun	8
Die Methode der „Toleranzgrenze“	10
Lehrer_innen am Pranger: Online-„Meldeportale“	12
Externe Akteure an Schulen	13
Rechte Ideologie und Sprache im Unterricht	15
3. Fazit -----	16
4. Referent_innen -----	17
5. Veranstalter_innen -----	18
6. Weitere Partner_innen in Sachsen -----	21
Literaturempfehlungen -----	23

# Vorwort

In den letzten Jahren häufen sich die Fälle, in denen schulische Akteure für eine vermeintlich fehlende „Neutralität“ angegriffen werden. Das parteipolitische Neutralitätsgebot wird von verschiedenen antidemokratischen Akteuren fälschlicherweise angeführt, um Raum für menschenfeindliche Positionen zu schaffen und Kritik zu unterbinden. Insbesondere einzelnen Schulen aus dem Netzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* wird in diesem Zusammenhang Indoktrination unterstellt. Die Mobilisierung durch rechtspopulistische Akteure in den vergangenen Jahren zeigt damit ihre Wirkung auch an sächsischen Schulen und stellt Pädagog\_innen vor neue Herausforderungen. Nicht zuletzt hat das „Meldeportal“ der AfD-Fraktion im sächsischen Landtag viele Lehrkräfte verunsichert, wann und ob sie sich in der Schule gegen diskriminierende, rassistische und neonazistische Tendenzen positionieren dürfen und sollten.

Jedoch gibt es kein Neutralitätsgebot in der politischen Bildung! Der Beutelsbacher Konsens, auf den sich oft fälschlicherweise bezogen wird, kennt ein Kontroversitätsgebot und ein Überwältigungsverbot. Von Neutralität ist hier keine Rede.

Das Sächsische Schulgesetz gibt sächsischen Schulen zudem den Auftrag, Schüler\_innen zu sozialem Handeln und einer freiheitlich demokratischen Haltung zur befähigen. Es formuliert damit einen klaren wertorientierten Bildungsauftrag.

Um dem Bedarf nach Klarheit und Handlungssicherheit in herausfordernden Situationen nachzukommen, veranstalteten die Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V. und Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen am 12. Juni 2019 in Leipzig eine Tagung unter dem Titel „#nichtneutral. Schule unter Druck. Wertebildung am Pranger?“. Gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Didaktik der politischen Bildung der TU Dresden, der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Kulturbüro Sachsen wurden Vorträge, Workshops und Diskussionsrunden für interessierte Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter\_innen und diejenigen, die sie unterstützen, angeboten.

Diese Broschüre nimmt die Thesen und Erkenntnisse auf und fasst die Ergebnisse der Tagung zusammen. Sie gibt Lehrer\_innen, Schulsozialarbeiter\_innen und ihren Unterstützer\_innen Anregungen, wie sie mit der Forderung nach „Neutralität“ umgehen und den damit verbundenen Herausforderungen im Schulalltag begegnen können.

Sie verdeutlicht, in welcher gesellschaftlichen Lage sich Schulen und ihre Akteure mit dem Begriff Neutralität aktuell auseinandersetzen müssen und welchen rechtspopulistischen Angriffen sie in diesem Zusammenhang ausgesetzt sind. Es werden verschiedene Handlungsmöglichkeiten für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter\_innen und ihre Unterstützer\_innen erörtert und u. a. anhand von Fallbeispielen die erarbeiteten Empfehlungen der Tagung zusammengefasst.

Die Broschüre macht deutlich, dass Schule kein neutraler Ort ist! Schule muss grundlegende Werte vermitteln, damit die Würde des Menschen und seine Rechte geschützt werden.



Landesvorsitzende GEW Sachsen





# 1. Angriff von rechts

## „Kulturkampf“ als Strategie

*(basierend auf dem Vortrag „Unter Angriff – zur gesellschaftlichen Lage“ von David Begrich, Miteinander e.V.)*

Womit haben wir es eigentlich zu tun, wenn wir uns die gesellschaftspolitischen Interventionen rechtspopulistischer Akteure ansehen? Was uns heute begegnet, kann man zu Recht als „Kulturkampfagenda“ von rechts bezeichnen, so die These des Sozialwissenschaftlers David Begrich.

### **Man kann von einer Kampfansage von rechts sprechen.**

Die Neue Rechte fordert den Erhalt nationaler Kulturen und Identitäten und wendet sich tendenziell oder implizit gegen einzelne Elemente der demokratischen Gesellschaft. Ein Mittel ist es, Institutionen und Personen, aber auch kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte, Theaterstücke und Ausstellungen öffentlichkeitswirksam und harsch anzugreifen. Hinter zufällig wirkenden Angriffen auf Kulturinstitu-

tionen sowie hinter der Forderung nach Neutralität in politischen Institutionen steht die Idee einer grundsätzlichen Änderung des gesellschaftspolitischen Klimas in Deutschland. Der Kulturkampf rechtspopulistischer Akteure funktioniert dabei nicht ohne einen gesellschaftspolitischen Resonanzraum. Wir alle kennen den Satz:

**„Das wird man doch wohl noch sagen dürfen.“**

Unter Berufung auf die Meinungsfreiheit verfolgen rechtspopulistische Akteure das Ziel einer Akzentverschiebung in der politischen Kultur. Die Grenze für das, was offen gesagt werden kann, soll langsam, aber stetig nach rechts verschoben werden. Der Appell an die Meinungsfreiheit fungiert dabei als Mittel, um sich Gehör zu verschaffen.



**Rechtspopulismus** ist eine politische Strategie, die auf einem klaren und stark vereinfachenden Freund-Feind-Schema beruht. Rechtspopulist\_innen geben sich anti-elitär, indem sie „die da oben“ gegen „die kleinen Leute“ ausspielen. Sie behaupten für „das Volk“ zu sprechen, wobei „das Volk“ als homogene Gruppe begriffen wird, die gegen „die Anderen“ bzw. „die Fremden“ geschützt werden muss. Zudem bedient sich Rechtspopulismus rassistischer Ressentiments. So wird die Schuld für bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen vorzugsweise Migrant\_innen und Geflüchteten zugeschrieben. Politisch anders Denkende werden nicht als gleichwertig angesehen, sondern gelten als „Volksverräter“.

Der Begriff **„Neue Rechte“** bezeichnet eine uneinheitliche Strömung innerhalb der extremen Rechten, die sich vorgeblich von der nationalsozialistischen „alten Rechten“ abgrenzt. Die „Neue Rechte“ ist weitaus akademischer geprägt als bspw. die NPD und fokussiert sich weniger auf die Präsenz auf der Straße. Als intellektuelle Strömung formiert sich die „Neue Rechte“ über bestimmte Verlage, Zeitschriften und Denkfabriken wie dem Institut für Staatspolitik (IFS). Die „Neue Rechte“ versucht vor allem kulturellen und intellektuellen Einfluss zu gewinnen und so auf gesellschaftliche Debatten einzuwirken bzw. diese zu verschieben. Ziel ist es dabei, dass möglichst viele Menschen die emanzipatorischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte und das Ideal einer pluralistischen und freiheitlichen Gesellschaft infrage stellen. Die „Neue Rechte“ propagiert dagegen einen Ethnopluralismus, der die kulturelle „Reinhaltung“ von Gesellschaften anstrebt – in der Wissenschaft auch bezeichnet als „Rassismus“ ohne „Rasse“.

## Wie gehen rechtspopulistische Akteure vor?

Erst werden „Gegner“ und „Feinde“ identifiziert und benannt, beispielsweise Jugendarbeitsträger, soziokulturelle Zentren, freie Theatergruppen etc. Diese „Gegner“ und „Feinde“ müssen dabei keine direkten Verbindungen untereinander aufweisen. Sie werden auch nicht nur für ihr konkretes Handeln angegriffen, sondern vor allem als Repräsentant\_innen der offenen und pluralistischen Gesellschaft.

Danach sind zwei verschiedene Strategien zu beobachten:

### Diffamierung bzw. Preisgabe zur Diffamierung

Indem ausgewählte Begriffe in einer bestimmten Art und Weise verwendet werden, schafft man die Legitimation, demokratische Akteure verbal in die Nähe von Gewalt und Extremismus zu rücken. Ein beliebter Schachzug ist es beispielsweise, alles in das Licht des „Linksextremismus“ zu rücken, wobei dieser Begriff so weit entgrenzt wird, dass er letztlich beliebig anwendbar ist, um politische Gegner zu diffamieren.

### Wechselspiel zwischen Provokation und Tabubruch

Im Wechselspiel zwischen Provokation und Tabubruch wird die Anhängerschaft rechtspopulistischer Bewegungen im Status der permanenten Mobilisierung gehalten. Dieser Mechanismus erlaubt es, eine breite Masse an unterschiedlichsten Menschen hinter einem Thema zu versammeln (Bsp. Migration, Ablehnung des politischen Establishments) und breite Wählerschichten anzusprechen.

Woher kommt nun also die Forderung nach Neutralität in gesellschaftspolitischen Konflikten? Hier ist ein Blick auf das Selbstverständ-

nis rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien und Bewegungen unerlässlich. Das Gesellschaftskonzept rechtspopulistischer Akteure propagiert ein Land, dass es so eigentlich nie gab – frei nach dem Motto:

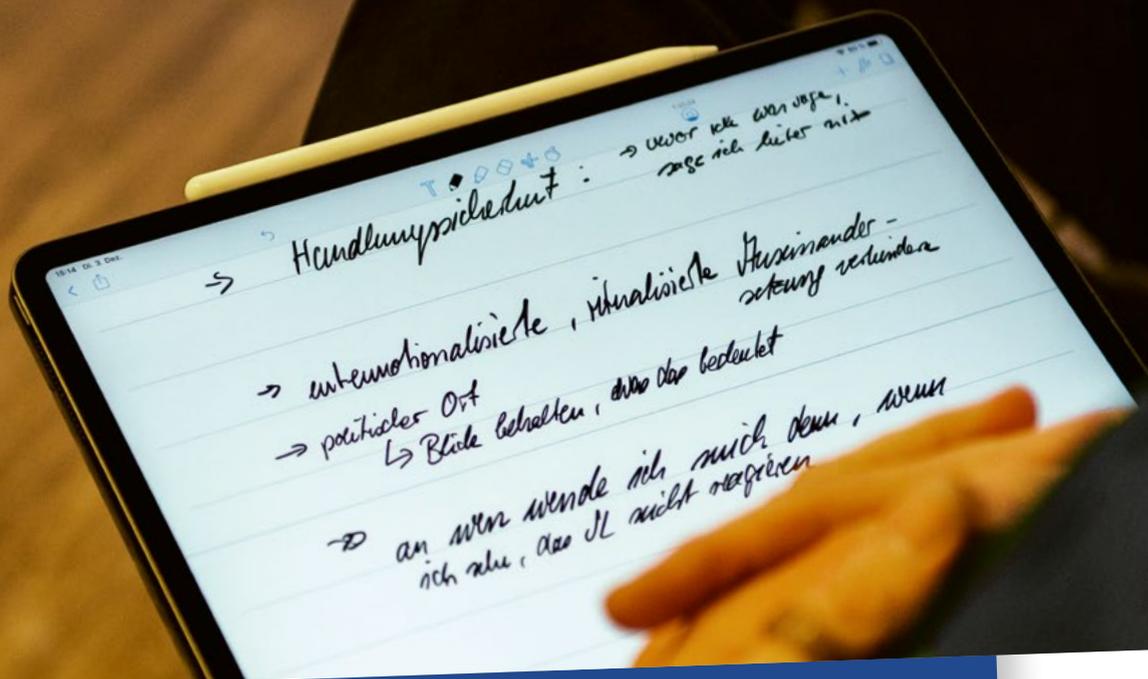
### Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war?

Beschäftigt man sich mit den rechtspopulistischen Vorstellungen zu Bereichen wie Familie, Kultur, Bildung u. a., dann ließe sich das Gesamtbild, welches dabei vor dem geistigen Auge entsteht, letztlich am besten in der Zeit des Biedermeier verorten. Begriffe wie Kultur, Nation, Bildung, wie sie in der Zeit des wilhelminischen Nationalismus verwendet wurden, werden re-aktualisiert. Die Schule stellt in diesem Gesellschaftskonzept die zentrale Institution dar, in der künftigen Staatsbürger\_innen beigebracht wird, was sie zu bestimmten Themen zu denken, zu meinen, zu fühlen haben. Die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Ereignissen und Konflikten ist dabei nicht erwünscht.

### Was kann man also tun? Wie kann man handeln angesichts der Kulturkampfagenda von rechts?

1. Beachten Sie, dass Sie immer nur stellvertretend für die offene, vielfältige und konfliktbereite Gesellschaft angegriffen werden.
2. Lassen Sie sich die Mechanismen und Denkmuster des Rechtspopulismus nicht aufzwingen. So vermeiden Sie, in einen „Rechtfertigungsmodus“ zu geraten.
3. Reagieren Sie auf rechte Anfeindungen bestimmt und zugleich bedacht. Analysieren Sie die Situation sachlich und zeigen Sie Solidarität mit denen, die in der Öffentlichkeit angegriffen werden.

**David Begrich** ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus beim Miteinander e. V. in Magdeburg. Anfang 2019 geriet der Verein, der sich seit über 20 Jahren für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt engagiert, ins Visier der AfD-Fraktion im sächsisch-anhaltinischen Landtag. Die Vorwürfe lauteten, der Miteinander e. V. würde eine Kampagne gegen die AfD führen und nicht neutral sein. Teile der CDU-Fraktion unterstützten die Forderung nach einer Aberkennung der Gemeinnützigkeit und der Streichung öffentlicher Mittel.



## 2. Nicht neutral!

### Zum Umgang mit der Forderung nach Neutralität

#### Die Pflicht nicht nichts zu tun

(basierend auf dem Vortrag „Nicht Neutral – Politische Bildung zwischen Haltung und Zurückhaltung“ von Prof. Anja Besand, TU Dresden)

Die Forderung nach einer vermeintlichen „Neutralität“, die von Akteuren der extremen Rechten in jüngster Zeit durch Meldeplattformen, Dienstaufsichtsbeschwerden und Kleine Anfragen an die politische Bildung herangetragen werden, hat bei Lehrkräften und anderen Aktiven in diesem Feld große Verunsicherung entstehen lassen. Diese Forderungen sind als Angriffe zu verstehen. Sie richten sich nicht gegen bestimmte Akteure in der politischen Bildung, sondern gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Der Beutelsbacher Konsens wird hier als Waffe gegen eine an demokratischen Werten orientierte politische Bildung gerichtet, die sich für Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten einsetzt.

Diese Situation wird von den Aktiven als höchst bedrohlich erlebt. Sie fragen sich:

**Darf ich mich positionieren? Habe ich nicht sogar die Verpflichtung, mich zu positionieren? Wer schützt mich, wenn ich angegriffen werde? Und wie wehre ich mich am besten gegen diese Angriffe?**

Eine wichtige Referenz der politischen Bildung ist der **„Beutelsbacher Konsens“**, der in den 1970er Jahren formuliert wurde und seither besonders für die formale politische Bildung auf drei didaktische Leitgedanken verweist (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung)

1. Überwältigungsverbot: Es ist nicht erlaubt, Schüler\_innen – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ zu hindern.
2. Kontroversitätsgebot: Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.
3. Subjektorientierung: Die Schüler\_innen müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Erinnern wir uns, dass Demokratie auf der Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit beruht. Diesen Grundlagen kann Bildung nicht „neutral“ gegenüberstehen. Menschenverachtende Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus und Sexismus sind vom Grundgesetz nicht gedeckt.

Im Kontext der Schulbildung berufen sich Rechtspopulist\_innen neuerdings auf den Beutelsbacher Konsens, um Raum für ihre Positionen zu schaffen und Kritik zu unterbinden.

Doch Schulbildung und hier vor allem politische Bildung ist nicht, wie von rechter Seite gefordert, zu Neutralität verpflichtet.

Im Gegenteil: Der Beutelsbacher Konsens darf nicht als Neutralitätsgebot missverstanden werden. Er fordert bei genauer Betrachtung auch nur dazu auf, dass das, was in Politik und Wissenschaft kontrovers ist, auch in Bildungssituationen kontrovers dargestellt wird und Schüler\_innen nicht bei der Entwicklung einer selbstbestimmten Urteilskraft gehindert werden dürfen. Das heißt: Neben den Kontroversen gilt es gleichzeitig auch das Nichtkontroverse im Blick zu behalten.

Das Grundgesetz steckt in Art. 79 Abs. 3 den Bereich der verfassungsmäßigen Grundsatzentscheidungen ab. Diese können nicht geändert werden. Die Grundrechte der Menschen, die demokratischen Grundgedanken und Grundzüge der Verfassung sind damit deutlich als nicht kontroverser Sektor benannt. Über die Würde des Menschen wird nicht diskutiert.

**Eine falsch verstandene Neutralität im Bildungskontext muss deswegen zurückgewiesen werden!**

Wenn antidemokratische Tendenzen in der Schule sichtbar werden, darf nicht weggesehen werden. Unabhängig davon, ob sich diese Herausforderungen in der Interaktion von Schüler\_innen, Kolleg\_innen oder Eltern ergeben.

Was aber kann getan werden, um in herausfordernden Situationen in der Schule souverän zu bleiben?

- Vermeiden Sie Indifferenz! Bleiben Sie im Umgang mit Schüler\_innen, Kolleg\_innen oder Eltern nicht stumm, wenn die Situation es erfordert. Möglicherweise reagieren Sie nicht immer optimal angesichts der Unplanbarkeit herausfordernder Situationen, aber: **die Hauptsache ist, Sie sagen nicht nichts!**
- Beteiligen Sie sich nicht am sogenannten „Othering“. Beim „Othering“ werden bestimmte Menschen oder Menschengruppen als anders markiert und einem ominösen „Wir“ gegenübergestellt (siehe Infobox).
- Lassen Sie sich nicht vereinzeln! Prüfen Sie, wo Sie Rückhalt haben. Bei der Schulleitung? Bei Kolleg\_innen, die einen ähnlichen Standpunkt wie Sie vertreten und die ebenfalls Haltung zeigen?
- Reagieren Sie in herausfordernden Situationen nicht über! Leider ist dies in einer Debatte, die so emotional geführt wird, oftmals schwierig. Bleiben Sie klar und ruhig und lassen Sie sich nicht provozieren.
- Übersehen Sie nicht die Betroffenen und Opfer, die angefeindet, ausgegrenzt und stigmatisiert werden. Unterstützen Sie sie.

**Othering** bezeichnet einen Prozess der Abgrenzung, bei dem aus der Perspektive eines „Wir“ andere Menschen als „andersartig“ und „fremd“ klassifiziert werden. Die „Anderen“ werden hierbei nicht als Individuen gesehen, sondern allein als Gruppe, die über bestimmte Merkmale definiert wird, z. B. „die Muslime“. Statt Gemeinsamkeiten zwischen Menschen in den Blick zu nehmen, werden Unterschiede betont und diesen bestimmte Bedeutungen zugeschrieben. Das „Andersartige“ der „Anderen“ hervorzuheben, dient vor allem der Bestätigung der eigenen „Normalität“. Aufgrund der Tendenz, das Eigene als positiv und „das Andere“ als negativ zu setzen, ist Othering ein zentraler Mechanismus in der Reproduktion von Machtverhältnissen und Formen der Diskriminierung.

## Die Methode der „Toleranzgrenze“

*(basierend auf den Workshops „Und dann kommt die Polizei – Pädagogische Herausforderung mit Rechtsextremismus zwischen Schulrecht und Strafrecht“ mit Prof. Anja Besand und „Toleranzgrenze – Wieviel Haltung darf es denn sein?“ mit Stefan Breuer und Agnes Scharnetzky, Starke Lehrer – starke Schüler)*

Studierende in Schulpraktika berichten immer wieder von herausfordernden Situationen im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Viele ziehen sich im Umgang mit rechtspopulistischem und extrem rechtem Gedankengut auf Schul- und Strafrecht zurück. Doch die Relevanz von juristischen Entscheidungen ist nicht der einzige Anker für das schulische Handeln und kann den Spielraum pädagogischer Maßnahmen auch einschränken. Beispielsweise entschied ein Gericht in Halle 2019, dass der Hitlergruß im Klassenzimmer kein Straftatbestand ist, da eine fehlende Öffentlichkeit angenommen wird. Eine solche Entscheidung schafft Verunsicherung.

### **Was kann man tun, um in schwierigen Situationen angemessen zu reagieren und der eigenen Haltung Ausdruck zu verleihen?**

Was dafür nötig ist, ist Handlungssicherheit. Um diese zu erlangen, kann die Methode der „Toleranzgrenze“ eingesetzt werden.

Die Methode der „Toleranzgrenze“ dient dazu, Werte und Haltungen sichtbar zu machen und im Kollegium auszuhandeln. Es können Grenzen abgesteckt und gemeinsam Handlungsoptionen erörtert werden.

Die Adaption der Methode geht auf das Projekt „Starke Lehrer – starke Schüler“ zurück.

„**Starke Lehrer – starke Schüler**“ ist ein Schulentwicklungsprojekt an sächsischen Berufsschulen, das Lehrer\_innen und Schüler\_innen im Umgang mit antidemokratischen Äußerungen und Einstellungen stärkt. Als Modellprojekt gestartet, kann das Projekt mittlerweile bewährte Handlungsempfehlungen geben. Seit Anfang 2019 wird die Transferphase vom Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) – Standort Radebeul organisatorisch verantwortet und von der TU Dresden konzeptionell begleitet. Ziel dieses Transfers ist es, Erfahrungen und bewährte Formate für weitere Schulen in Sachsen zur Verfügung zu stellen.

### **Wie funktioniert die Methode der „Toleranzgrenze“?**

1. Situationen, in denen sich die Frage stellt, ob ein Handeln nötig ist, werden auf Zetteln notiert.
2. Nacheinander werden die Situationen vorgestellt oder vorgelesen.
3. Auf einer Skala von „tolerierbar“ bis „nicht tolerierbar“, beispielsweise mit einem Seil im Raum markiert, positionieren sich die Teilnehmenden offen zu jeder der benannten Situationen. Wann ist die Toleranzgrenze erreicht?
4. Anschließend kommen die Teilnehmenden miteinander über ihre Einschätzungen der Situationen ins Gespräch und diskutieren ggf. Handlungsoptionen.

5. Anschließend wird insbesondere über Fälle diskutiert, die oft verschoben wurden. So können eigene Werte und Haltungen sichtbar gemacht werden und Aushandlungsprozesse hinsichtlich der Frage „Wann ist die Toleranzgrenze erreicht?“ stattfinden.

Die Teilnehmenden können so im Kollegium Sicherheit gewinnen, Handlungsmöglichkeiten abgleichen und neue Anregungen bekommen. Sie haben auch die Chance zu prüfen, wie wirksam Lösungen aus dem Schul- und Strafrecht in schwierigen Situationen sind.

## Fallbeispiele aus der Workshoparbeit:

### Erster Fall

Ein Schüler verwendet auf Facebook ein Foto von Uwe Mundlos, Mitglied des NSU, als Profilbild. Ein Lehrer wird darauf aufmerksam.

Im Rahmen der Methode „Toleranzgrenze“ wurden folgende Handlungsmöglichkeiten erörtert:

- Ein Gespräch unter vier Augen mit dem Schüler ist notwendig. Situationen aus dem digitalen Raum dürfen nicht unbeachtet bleiben.
- Das Thema sollte in der Klasse besprochen werden. Dabei muss Stellung bezogen und deutlich gemacht werden, dass problematische Situationen nicht übergangen werden.

### Zweiter Fall

An einer Schule finden Aktionswochen gegen Rassismus statt. Einige Eltern beschwerten sich über „verordnete“ Welt-offenheit und werfen der Schulleitung „Indoktrinierung“ der Kinder und Jugendlichen vor.

Handlungsmöglichkeiten:

- Der Fokus sollte auf diejenigen Eltern gelenkt werden, die die Arbeit während der Aktionswochen wertvoll finden.
- Prinzipiell müssen alle Eltern vorab ausführlich über die Themen der Aktionswochen informiert werden.
- Das Kollegium sollte eine selbstbewusste, eindeutige und befürwortende Positionierung hinsichtlich der Aktionswochen und zur Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrags einnehmen – auch gegen die Ressentiments mancher Eltern.



### Dritter Fall

Bei einem Elternabend trägt ein Elternteil ein T-Shirt der Marke „Consdaple“.

Ergebnis:

- Die Eltern sind zu informieren, welche Kleidung verboten und nicht erwünscht ist. Dabei ist ein klares Statement zur menschenrechtsorientierten Haltung der Schule hilfreich.
- Die Kleiderordnung kann in der Schulordnung festgelegt werden. Begründung: Die Marke „Consdaple“ wird von Mitgliedern der neonazistischen Szene getragen und ist eindeutig der Neonazi-Szene zuzuordnen.
- In anderen Fällen sind die Möglichkeiten hier leider eingeschränkt angesichts zahlreicher Marken, von denen nur einige eindeutig der rechten Szene zugeordnet werden können, andere sich jedoch in einer Grauzone bewegen oder instrumentalisiert werden.
- Die Lehrenden sollten offen Stellung beziehen, sich dabei gegen menschenverachtende Ideologie aussprechen sowie für das Anliegen, Betroffene zu schützen.

**Im Umgang mit schwierigen Situationen haben an Bildungseinrichtungen tätige Menschen weit mehr Handlungsmöglichkeiten als nur entlang von Rechtsvorschriften.**

## Lehrer\_innen am Pranger: Online-„Meldeportale“

(basierend auf dem Workshop „Umgang mit Diffamierungen über Online-Portale“ mit Julia & Carsten Koschmieder, FU Berlin)

Die Forderung nach Neutralität von Lehrkräften setzt Schulen unter Druck. Um vermeintlich nicht-neutrale Lehrer\_innen melden zu können, hat die AfD öffentlichkeitswirksam „Meldeplattformen“ im Internet etabliert.

### Was verbirgt sich hinter der Forderung nach Neutralität in der Schule?

Die AfD will den Begriff der „neutralen Schule“ etablieren. Ziel ist es, zu verhindern, dass Lehrende sich öffentlich gegen demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologie stellen.

Lehrer\_innen haben die Pflicht, Menschen mit unterschiedlichen religiösen, politischen und sexuellen Orientierungen unvoreingenommen gegenüberzutreten. Was jedoch keineswegs von Lehrenden gefordert werden kann, ist eine Werte-Neutralität. Wenn Personen oder Parteien die pluralistische Demokratie ablehnen, dann ist immer eine klare Positionierung gefragt – vor allem im schulischen Kontext. Schule ist also in dieser Hinsicht nicht „neutral“ und darf es auch nicht sein.

Seit es die „Meldeportale“ der AfD gibt, müssen Lehrer\_innen täglich fürchten, von Schüler\_innen, Kolleg\_innen oder Eltern denunziert zu werden.

### Wie sollten Lehrende Parteien im Unterricht thematisieren?

- parteipolitische Inhalte mit analytischer Schärfe betrachten und diese Inhalte kritisieren statt die Partei an sich,
- rhetorisch ein „wir“ gegen „die“ (wie es rechtspopulistische Akteure verwenden) vermeiden,
- sich die Gefahren, die von Rechtspopulismus und menschenverachtenden Ideologien ausgehen, bewusst machen,
- Diskussionen zum gesellschaftlichen Umgang mit dem Phänomen der Neuen Rechte anregen.

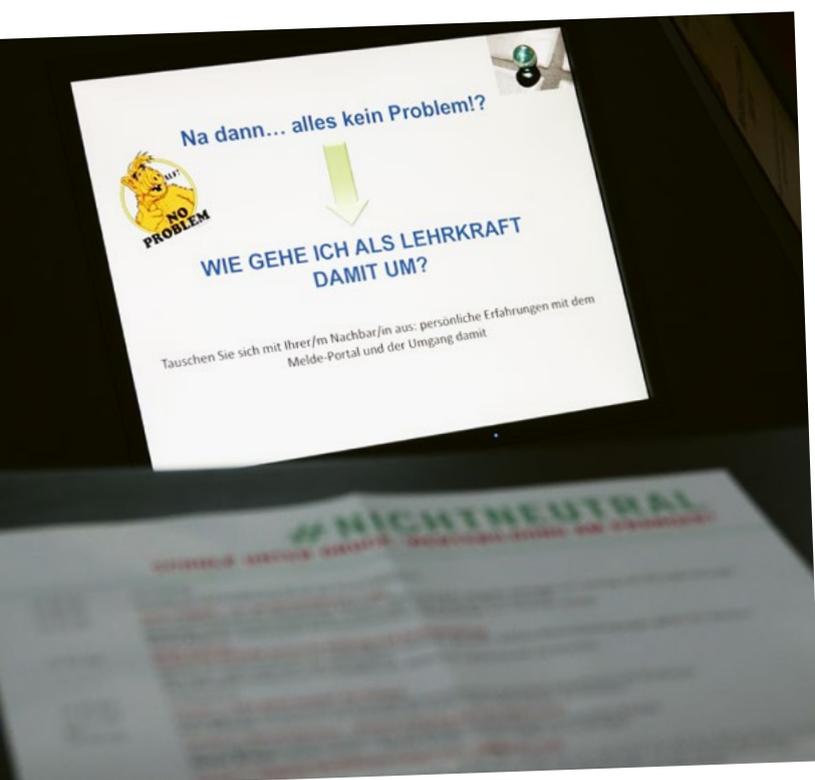
### Was kann man im Umgang mit dem „Meldeportal“ tun?

Die Teilnehmenden des Workshops machten folgende Handlungsvorschläge:

**(Nicht) ignorieren** – Das Thema „Meldeportale“ mag für Lehrer\_innen der Fächer Mathematik oder Informatik weniger relevant erscheinen, jedoch ist es gerade für eventuell betroffene Lehrkräfte im Kollegium wichtig, es unabhängig vom Fach aufzugreifen und es nicht zu ignorieren.

**Selbstanzeige** – Ein (relativ) einfaches Mittel, um einer Anzeige im Netz zuvorzukommen und Solidarität mit Betroffenen zu zeigen. Besonders wirksam, wenn sich mehrere Lehrer\_innen oder das gesamte Kollegium einer Schule geschlossen selbst anzeigen.

**Permanente Anfragen** – Indem man immer wieder selbst Anfragen an die Portale sendet – z. B. Wurde ich bereits gemeldet? – beschert man zumindest den Betreiber\_innen eine Menge Frustration und Arbeit. Je mehr Lehrer\_innen immer wieder anfragen, umso größer ist die Wirkung.



**Offensiver Umgang** – Um der Bedrohung durch die „Meldeportale“ und dem damit verbundenen Druck, der auf Lehrer\_innen lastet, entgegenzutreten, kann ein offensiver Umgang hilfreich sein. Beispielsweise äußerte eine Lehrkraft „Ich habe meinen Schüler\_innen gesagt, dass ich beleidigt wäre, wenn sie mich noch nicht gemeldet hätten!“

**Kreativer Protest** – Man kann die „Meldeportale“ auch mit zahlreichen Fake-Meldungen überhäufen. Oder man engagiert sich auf eine konstruktive Art, z. B. mit der Petition #Mein-Lehrerfetzt auf [www.change.org](http://www.change.org).

*Die Referent\_innen des Workshops ergänzten folgenden Handlungsvorschlag:*

**Schulgemeinschaft stärken** – Wichtig ist, dass die Lehrer\_innen, Schüler\_innen und Schulleitung einer Schule sich darüber einig sind, für welche Werte sie stehen. Es muss sichtbar einen Schulkonsens geben, der Lehrkräften den Rücken stärkt, wenn sie sich für die Demokratie einsetzen.

*Schließlich gibt es noch folgende Möglichkeit:*

**Anzeige erstatten** – Über die Zulässigkeit der Meldeportale herrscht derzeit noch keine rechtliche Klarheit. Wenn Lehrer\_innen zivilrechtlich gegen die Meldung vorgehen wollen, können sie sich z. B. von der GEW beraten lassen und Rechtsschutz erhalten.

## Externe Akteure an Schulen

*(basierend auf dem Workshop „Wen darf und soll ich (nicht) einladen? Projekttag externer Träger, Bundestagsabgeordnete, Podien in der Schule“ mit Carsten Müller und Paul Fietz, GEW Sachsen)*

**„In Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrags pflegt die Schule eine gute Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Institutionen und gesellschaftlichen Partnern.“ (§ 1, Abs. 10 SächsSchulG)**

Es kann den Schulalltag ungemein bereichern, Menschen von außerhalb einzuladen und mit ihnen aktuelle Themen zu diskutieren. Doch oft herrscht bei der Auswahl von externen Personen oder Institutionen auch eine große Unsicherheit. Es stellen sich häufig dieselben Fragen:

- Mit wem sollten wir (nicht) zusammenarbeiten?
- Wer ist die/der richtige Ansprechpartner\_in für ein Thema?
- Welche Themen sollten (nicht) aufgegriffen werden?
- Wieviel Kontroversität hat in der Schule bzw. im Unterricht Platz?
- Wieviel Haltung zu „schwierigen Themen“ kann von Lehrer\_innen und Schulleitung erwartet werden?
- Wie kann eine Veranstaltung externer Personen oder Institutionen gut in den Unterricht und den Schulalltag eingeflochten werden?

**Die „richtigen“ externen Referent\_innen auszuwählen, ist gar nicht so einfach. Woher kommt die große Unsicherheit?**

Das Angebot an Referent\_innen zu verschiedenen Themen ist groß und unübersichtlich. Es herrscht zudem Unsicherheit darüber, was von „Externen“ erwartet werden kann und welche pädagogischen Standards diese einnehmen. Letztlich gehen Schulleitung und Lehrkräfte ein gewisses Risiko ein, wenn sie Personen bzw. Institutionen einladen, mit denen sie selbst nicht vertraut sind.

Ein Blick in den Beutelsbacher Konsens, das Sächsische Schulgesetz und den Erlass zur Durchführung von Veranstaltungen mit Politiker\_innen an öffentlichen Schulen macht deutlich: Es darf an Schulen keine (Wert-)Neutralität geben! Lehrer\_innen sind politische Individuen, die sich in ihrer Profession am Überwältigungsverbot und am Kontroversitätsgebot, wie sie im Beutelsbacher Konsens formuliert sind, orientieren. Ihr vorrangiges Ziel muss es sein, Schüler\_innen zu befähigen, politische Situationen selbstständig und eigenverantwortlich zu analysieren und zu bewerten.

Gemäß §1 des Sächsischen Schulgesetzes gilt, dass Schule „[...] Werte wie [...] sittliches und politisches Verantwortungsbewusstsein, Gerechtigkeit und Achtung vor der Überzeugung des anderen, [...] soziales Handeln und freiheitliche demokratische Haltung vermittelt [...]“. „Die Schüler sollen insbesondere lernen, [...] allen Menschen vorurteilsfrei zu begegnen, unabhängig von ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft, äußeren Erscheinung, ihren religiösen und weltanschaulichen Ansichten und ihrer sexuellen Orientierung sowie für ein diskriminierungsfreies Miteinander einzutreten, [...] Ursachen und Gefahren der Ideologie des Nationalsozialismus sowie anderer totalitärer und autoritärer Regime zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. [...]“

Externe Angebote können hilfreiche Ergänzungen zum Schulunterricht sein. Dabei ist es wichtig zu unterscheiden, ob es sich um ein pädagogisches Angebot eines externen Trägers handelt oder um Personen des öffentlichen Lebens, die an sich keine pädagogische Fachexpertise haben. Zu beachten ist zudem folgendes:

Im Vorfeld einer Einladung ist es wichtig, dass Lehrer\_innen und Schulleitung miteinander ins Gespräch kommen und sich grundlegend darauf verständigen nach welchen Richtlinien jemand in die Schule eingeladen werden kann und sollte. Um gut auf eine Veranstaltung externer Personen bzw. Institutionen vorbereitet zu sein, ist ein gemeinsamer Beschluss und eine gute Argumentation sowie eine konsequente Durchführung der Veranstaltung notwendig. Nicht zuletzt jedoch brauchen Lehrer\_innen Rücken- deckung von der Schulleitung, um gestärkt in Veranstaltungen zu gehen, die durchaus Unsicherheit hervorrufen können.

### **Wie lassen sich nicht-pädagogische Akteure einbinden?**

Besonders bei der Einbindung und Auswahl explizit nicht-pädagogischer Akteure und Angebote sind Rahmenbedingungen und Formate der Durchführung und Einbettung zu prüfen. Der Beutelsbacher Konsens sollte Grundlage der Auswahlentscheidung sein. In der Umsetzung muss darauf geachtet werden, dass Lehrer\_innen und Schüler\_innen die Möglichkeit haben, die Argumentation und Motivation einer externen Person/Institution kritisch zu hinterfragen.

Ist eine Diskussion oder der reflektierende Zugang nicht bereits als Methode des pädagogischen Angebots angelegt, so kann folgendes Verfahren bspw. bei der Vorstellung von (Einzel-)Personen in ihrer Profession (Politi-

ker\_innengespräche, Podiumsgespräche etc.) Anwendung finden: Schüler\_innen führen ein Expert\_innen-Interview mit dem/der „Externen“ durch, wofür die Schüler\_innen im Vorfeld Fragen für den/die „Externe\_n“ vorbereiten. So können die Schüler\_innen gemeinsam mit Lehrer\_innen das Terrain bestimmen, auf dem sich das Gespräch mit dem/der „Externen“ bewegt. Im Anschluss an die Veranstaltung sollte die Rolle des/der „Externen“ kritisch reflektiert werden, z. B. mit Hilfe der folgenden Fragen:

- Was macht die Fachlichkeit der Person aus?
- Wie hat die Person in ihrem Auftreten gewirkt?
- Welche Begrifflichkeiten hat sie verwendet und welche Funktionen und Wirkungen haben diese?

Dies ist nur ein mögliches Verfahren neben vielen weiteren.

**Generell gilt: Unabhängig davon, welche Personen, Vereine oder Institutionen eingeladen und welche Inhalte vermittelt werden, ist es notwendig, den externen Beitrag zu rahmen und im Unterricht zu reflektieren.**

## Rechte Ideologie und Sprache im Unterricht

(basierend auf dem Workshop „Unter dem Deckmantel der Neutralität – rechtspopulistische Ideologien in schulischen Debatten“ mit Franz Hammer, Kulturbüro Sachsen e. V.)



Völkisch-nationalistische Anliegen rechtspopulistischer Bewegungen werden oft durch Formulierungen verschleiert, die nicht sofort und nicht leicht als rechtsextrem und menschenfeindlich erkennbar sind. Für Lehrende und andere an Schulen tätige Menschen stellt sich die Frage, bei welchen Debatten man aufmerksam werden muss.

Im Tagungsworkshop zum Umgang mit neurechter Sprache im Unterricht war der Song „Europa“ des Rappers Komplot, der der Identitären Bewegung nahesteht, beispielgebender Arbeitsgegenstand.

Der Song „Europa“ hat einen eingängigen Beat. Der Text ist subtil, die Wut über die politische Situation jedoch explizit. Die Lyrics handeln von der angeblichen Notwendigkeit, Europa gegen Migrant\_innen und Nicht-Weiße verteidigen zu müssen. Der Rapper zeichnet in dem Song ein Untergangsszenario, dem er mit Wehrhaftigkeit und Rettungsfantasien begegnen will. Begriffe wie „Ehre“, „Stolz“ und „Identität“ prägen das Kampfnarrativ. Der Song ruft das Bild eines kulturell überlegenen Europas auf, welches sich einer großen, externen Bedrohung gegenübersteht. Schlagworte wie „Leid“, „Gegner“, „Kriminelle“,

„Heimat“, „Heldenkampf“ u. a. sollen Wut und Angst erzeugen und verstärken. Die Inhalte des Songs bewegen sich ganz klar **nicht** auf einer sachlichen, sondern auf einer emotionalen Ebene. Die Gefahr besteht darin, dass dies vor allem für Jugendliche äußerst ansprechend ist.

**Es ist wichtig und sinnvoll, mit Schüler\_innen über Begriffe zu diskutieren, die immer wieder rechtspopulistisch aufgeladen und instrumentalisiert werden, sodass Schüler\_innen befähigt werden, sich eine eigene Definition dieser Begriffe zu erarbeiten.**

Die Teilnehmenden des Workshops konnten dies selbst ausprobieren und versuchten sich an einer eigenen Definition von „Heimat“. Dabei zeigte sich, dass „Heimat“ nicht allein ein Begriff ist, sondern vor allem als Gefühl wahrgenommen wird, und zwar als eines, das individuell etwas Unterschiedliches bedeutet. Allzu oft wird „Heimat“ begrifflich durch Grenzen und das Ziehen von Grenzen definiert. „Heimat“ ist vor allem in der heutigen gesellschaftlichen Debatte ein umkämpfter und aufgeladener Begriff. Einzelne Teilnehmende des Workshops äußerten, dass manche Menschen das Gefühl haben, es gäbe keine „Heimat“ mehr, da sie zerstört oder ihnen von anderen Menschen weggenommen worden sei. Andere äußerten, dass sie den Begriff aufgrund seiner nationalistischen Konnotation mehr oder weniger aufgegeben haben. Dieses begriffliche Vakuum und die unzureichende kontroverse Auseinandersetzung können Spielräume für Akteure der Neuen und extremen Rechten eröffnen und es ihnen ermöglichen, Begriffe neu zu besetzen und zu instrumentalisieren. Das Wissen über derlei Praktiken sollte in die eigene Arbeit und den Unterricht mit einfließen.

**Tauschen Sie sich über Erfahrungen mit rechten Ideologien aus! Jede\_r hat Erfahrungen, Eindrücke und Gefühle, die vor allem im Kollegium thematisiert werden müssen.**



### 3. Fazit

Was also ist zu tun in Zeiten, in denen rassistische und rechtspopulistische Kräfte an Einfluss gewinnen und verstärkt Neutralität an Schulen fordern? Hierfür gibt es kein einfaches Rezept. Wie die Tagung „#nichtneutral - Schule unter Druck. Wertebildung am Pranger?“ klar zeigte, ist jedoch Untätigkeit weder eine Lösung noch das Bedürfnis vieler Lehrer\_innen.

**Zusammenfassend lassen sich folgende Handlungsmaxime formulieren:**

- 1. Nicht neutral bleiben, sondern handeln.** Bildung ist nicht zu Neutralität verpflichtet. Es ist essentiell, dass Lehrkräfte, insbesondere dann, wenn es zu rassistischen und rechten Äußerungen und Handlungen kommt, Haltung zeigen und reagieren. Sie sind damit Vorbild und schützen mögliche Betroffene.
- 2. Pädagogisch aufarbeiten und thematisieren.** Undemokratische Verhaltensweisen sind nicht allein strafrechtlich zu lösen. Sie bedürfen der Thematisierung und Aufarbeitung in Schule und Unterricht.
- 3. Im Kollegium austauschen.** Schulische Akteure sollten gemeinsam erarbeiten, wo die Toleranzgrenze für bestimmte Vorfälle liegt und in welchen Fällen Sanktionen greifen müssen. Der Austausch im Kollegium ist dafür von großer Bedeutung.
- 4. Die Schulleitung hat eine Schlüsselrolle.** Die Schulleitung hat eine Schlüsselrolle. Sie trägt die Verantwortung für ein diskriminierungsfreies Umfeld und sollte nicht aus Unsicherheit oder Angst vor Imageverlust zurückhaltend reagieren. Wichtig ist, dass Lehrkräfte unterstützt werden, die kritische Auseinandersetzung mit undemokratischen Handlungen zu suchen. Dafür muss die Schulleitung ihnen den Rücken stärken!
- 5. Schulkultur.** Um rechtspopulistischen Angriffen auf Bildung und Institutionen wie Schule entschieden entgegenzutreten zu können, ist eine offene und demokratische Schulkultur vonnöten, in der u. a. demokratische Kompetenzen und kritische Urteilsfähigkeit gefördert werden.
- 6. Es braucht die Unterstützung staatlicher Akteure.** Menschenrechte, das Grundgesetz und auch das Sächsische Schulgesetz machen klar deutlich, dass Schule den Auftrag hat, demokratische Werte zu vermitteln. Wichtig ist, dass staatliche Aufsichtsbehörden wie das Sächsische Kultusministerium und das Landesamt für Schule und Bildung Lehrkräfte in der Haltung unterstützen, dass Schule ein wertebildender, sprich kein neutraler Ort ist.
- 7. Verbündete suchen.** Engagierte Lehrkräfte haben oft das Gefühl Einzelkämpfer\_innen zu sein. Deshalb ist die Solidarität und gegenseitige Unterstützung im Kollegium von allergrößter Bedeutung. Darüber hinaus gibt es viele außerschulische Träger in Sachsen, die mit Bildungs- und Beratungsangeboten unterstützen können. Sie können helfen, die Lage einzuschätzen und geeignete Strategien zu finden. Eine Liste an Angeboten findet sich in Kapitel 5 dieser Broschüre.

## 4. Referent\_innen

**David Begrich** hat Theologie und Sozialwissenschaften studiert und arbeitet seit 1998 beim Verein Miteinander e.V. – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Magdeburg. Er ist Autor von Veröffentlichungen über die extrem rechte Szene und die Neue Rechte.

**Prof. Dr. Anja Besand** lehrt an der TU Dresden im Fachbereich Didaktik der politischen Bildung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u. a. inklusive politische Bildung, politische Bildung im Kontext von Rechtspopulismus und Neue Medien und politische Bildung.

**Stefan Breuer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Politische Bildung/Didaktik der Sozialkunde an der KU Eichstätt und Projektkoordinator im Schulentwicklungsprojekt „Starke Lehrer – Starke Schüler“. Das Projekt begleitet Berufsschullehrkräfte im Umgang mit Rechtspopulismus.

**Agnese Scharnetzky** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Didaktik der politischen Bildung und Projektmitarbeiterin im Schulentwicklungsprojekt „Starke Lehrer – Starke Schüler“. Das Projekt begleitet Berufsschullehrkräfte im Umgang mit Rechtspopulismus.

**Dr. Carsten Koschmieder** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin und lehrt u.a. zu modernen Formen des Rechtsextremismus in Deutschland. Er ist außerdem Projektkoordinator im Projekt Mentoring-Qualifizierung.

**Julia Koschmieder** ist abgeordnete Lehrerin und Lehrbeauftragte im Projekt Mentoring-Qualifizierung der FU Berlin und begleitet Lehramtsstudierende im Praxissemester. Zusammen mit Carsten Koschmieder veröffentlicht sie u. a. zu Rechtsextremismus in Schule und Lehrkräftebildung.

**Carsten Müller** ist Leiter des Referats Schulische Bildung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Sachsen. Er ist von Beruf Berufsschullehrer und Mitglied im Lehrerhauptpersonalrat.

**Paul Fietz** ist Jugendbildungsreferent beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Bezirk Sachsen. Er ist Sprecher der Jungen GEW Sachsen und für sie als Referent tätig.

**Franz Hammer** ist Berater des Kulturbüro Sachsen e.V. im Mobilen Beratungsteam im Regionalbüro Nordwest (Stadt und Landkreis Leipzig, Nordsachsen und Mittelsachsen). Das Team berät im Umgang mit demokratiefeindlichen Positionen und den Ausprägungen einer organisierten Neonazi-Szene in Sachsen.

**Ursula-Marlen Kruse** ist Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Sachsen.



## 5. Veranstalter\_innen

### – und ihre Unterstützungsangebote

#### Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V.

ist Teil des „Netzwerks für Demokratie und Courage“ (NDC), das sich bundesweit für die Stärkung von Demokratie und gegen menschenverachtendes Denken einsetzt. Seit über 20 Jahren engagiert sich der sächsische Verein für die Stärkung demokratischer Kompetenzen und bietet Workshops, Fort- und Weiterbildungen sowie Beratung an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie für Multiplikator\_innen an.

[www.netzwerk-courage.de/sachsen](http://www.netzwerk-courage.de/sachsen)

#### **Mobile Beratung im Kontext Schule / Schulberatung**

Wir beraten und begleiten alle schulischen Akteure bei Herausforderungen im Umgang mit menschenverachtenden Einstellungen und neonazistischen Tendenzen und unterstützen bei der Entwicklung einer Gesamtstrategie. Ebenso begleiten wir präventiv zur Stärkung demokratischer und antidiskriminierender Strukturen. An uns wenden können sich u. a. Schulleitungen, Lehrkräfte, Sozialarbeiter\_innen und-pädagog\_innen, Schüler\_innen, schulische Arbeitsgruppen sowie Eltern(-Vertreter\_innen).

[www.netzwerk-courage.de/schulberatung](http://www.netzwerk-courage.de/schulberatung)

#### **Projekttag und Workshops für Schüler\_innen**

Wir unterstützen die demokratiefördernde Bildung in sächsischen Schulen und bieten Schüler\_innen Projekttag und Workshops zu Diskriminierung und couragiertem Handeln an.

Mittels partizipativer Methoden werden in diesen Bildungsveranstaltungen verschiedene Schwerpunkte bearbeitet: Rassismus, Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft, Neonazismus und menschenverachtende Einstellungen oder Sexismus und Homophobie.

Die Projekttag für Jugendliche werden durch junge Freiwillige nach dem peer-to-peer-Ansatz angeleitet. Projektmitarbeiter\_innen in Leipzig, Chemnitz und Dresden stehen Schulen und Trägern beratend zur Seite und organisieren diese.

[www.netzwerk-courage.de/projekttag](http://www.netzwerk-courage.de/projekttag)

### **Fortbildungen und Argumentationstrainings für Lehrkräfte**

Auch für Lehrkräfte bieten wir Fortbildungen an, die Themen rund um Diskriminierung, Neonazismus und entsprechende Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Daneben können auch Argumentationstrainings gebucht werden, in denen die Fähigkeit, menschenverachtende Einstellungen zu erkennen und argumentativ zu widerlegen, trainiert wird.

[www.netzwerk-courage.de/fortbildungen](http://www.netzwerk-courage.de/fortbildungen)

### **Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**

ist ein Projekt von Schüler\_innen, die sich in ihrem Umfeld aktiv und langfristig gegen Rassismus und Diskriminierung und für gleiche Rechte und Chancen aller Menschen einsetzen wollen. Die regionalen Ansprechpartner in Chemnitz, Leipzig und Dresden unterstützen interessierte Schulen und Schüler\_innen auf dem Weg zum Titel und begleiten titeltragende Schulen.

[www.netzwerk-courage.de/sor](http://www.netzwerk-courage.de/sor)

### **Support Plattform zum Thema Diskriminierung und Rassismus**

Hier finden Ausbilder\_innen, Lehrkräfte und andere Pädagog\_innen der beruflichen Bildung Erklärungen, Hintergrundinformationen und Argumente, die sie in ihrem pädagogischen Auftrag unterstützen und aufzeigen, warum sie #nichtneutral sein können und dürfen.

[www.ska.courage-werkstatt.de](http://www.ska.courage-werkstatt.de)

## **Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen**

ist der sächsische Teil im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen. Mit Seminaren, Workshops, Vorträgen, Ausstellungen, Veröffentlichungen, Lesungen und künstlerischen Annäherungen an politische Themen unterstützt die Stiftung in Sachsen Ideen, Orientierung, Engagement und konkrete Konzepte für die sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen und für eine demokratische, libertäre, solidarische und zivile Gesellschaft.

[www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de)

### **Plattform #nichtneutral**

Wir haben Informationen auf dieser Seite zusammengestellt, die Orientierung und Information bieten sollen:

[www.weiterdenken.de/nichtneutral](http://www.weiterdenken.de/nichtneutral)

### **Infoseite Rechtspopulismus**

Auf dieser Seite finden Sie alle Informationen und Angebote der Stiftung zum Thema Rechtspopulismus und Gegenstrategien.

[www.weiterdenken.de/rechtspopulismus](http://www.weiterdenken.de/rechtspopulismus)

## **Kulturbüro Sachsen e. V.**

berät seit fast 20 Jahren lokale Vereine, Jugendinitiativen, Kirchgemeinden, Netzwerke, Firmen sowie Kommunalpolitik und -verwaltung in Sachsen mit dem Ziel, rechtsextreme Strukturen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Die Projekte erarbeiten Methoden und Inhalte, die bürgerschaftliches Engagement und konkretes Handlungswissen gegen Rechtsextremismus stärken und so demokratische Alltagskultur in sächsischen Kommunen und Landkreisen verankern.

[www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de)

### **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratieentwicklung**

Unsere Beratung orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort und trägt den regionalen Besonderheiten Rechnung. Grundsätzliches Anliegen der Mobilien Beratungsteams ist es, im Dialog mit den Beratungsnehmer\_innen eine Praxis zu entwickeln, die auf der Basis vorhandener Ressourcen neue Wege geht. Unser Team besteht aus Berater\_innen mit multiprofessionellem Hintergrund und langjährigen Berufserfahrungen im Feld.

[www.kulturbuero-sachsen.de/arbeitsbereiche/mobile-beratung](http://www.kulturbuero-sachsen.de/arbeitsbereiche/mobile-beratung)

### **Fortbildungen für Multiplikator\_innen**

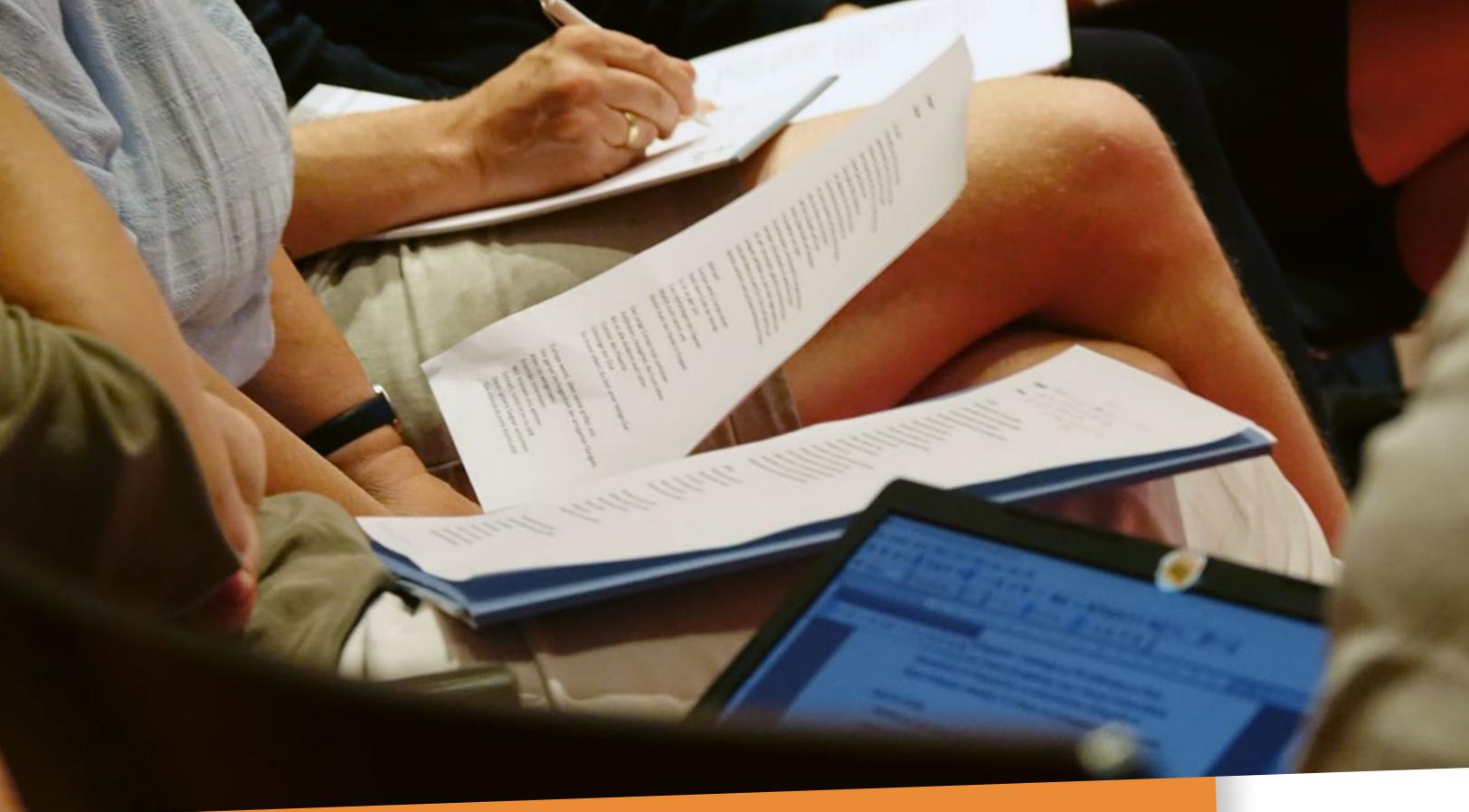
Wir bieten ein breites Repertoire an thematischen Vorträgen und Workshops für Lehrkräfte, Sozialarbeiter\_innen, pädagogisches Fachpersonal und andere Mitarbeiter\_innen von Schulen und Bildungseinrichtungen an. Unsere Fortbildungsangebote können individuell abgestimmt werden und arbeiten mit anonymisierten Fallbeispielen, um neben der Wissensvermittlung die Möglichkeit zu geben, eigene, auf die Schule bezogene Strategien zu entwickeln.

[www.kulturbuero-sachsen.de/arbeitsbereiche/bildungsangebot/fortbildungen](http://www.kulturbuero-sachsen.de/arbeitsbereiche/bildungsangebot/fortbildungen)

## **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)**

Die Bildungsgewerkschaft im DGB ist die bildungspolitische Stimme in Sachsen. Sie organisiert deutschlandweit Kolleg\_innen aus allen Bildungsbereichen – von Kitas, Horten, Heimen, freien Bildungsträgern, Schulen bis hin zu Hochschulen und Universitäten. Sie kämpft für gute Arbeitsbedingungen, faire Entgelte, unbefristete Arbeitsverträge und sichere Arbeitsplätze im Bildungsbereich. Mitglieder erhalten u.a. Rechtsberatung und Rechtsschutz in allen Angelegenheiten des Arbeits-, Beamten-, Dienst- und Sozialrechtes, Berufshaftpflichtversicherung und kostenfreie bzw. kostengünstige anerkannte Fortbildungsangebote zu fachlichen, bildungs- und gesellschaftspolitischen Themen.

[www.gew-sachsen.de](http://www.gew-sachsen.de)



## 6. Weitere Partner\_innen in Sachsen

### Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V.

Die RAA Sachsen widmet sich in drei großen Arbeitsbereichen dem Thema Demokratiestärkung. Bildung und Förderung bietet sie mit langfristigen Fortbildungsformaten Schulen, Jugendeinrichtungen und spezifischen Zielgruppen wie der Feuerwehr an.

[www.raa-sachsen.de](http://www.raa-sachsen.de)

### Beratung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt

Wir beraten, begleiten und unterstützen nach Angriffen aufgrund von Rassismus, Antisemitismus, der sexuellen Orientierung/Identität, der Behinderung, sozialer Benachteiligung, des politischen Engagements, der nichtrechten Haltung oder des alternativen Auftretens. Die Beratung erfolgt in den Beratungsstellen in Chemnitz, Leipzig und Dresden oder online.

[www.raa-sachsen.de/support/beratung](http://www.raa-sachsen.de/support/beratung)

### Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung e. V.

Die LAG pokubi ist ein Verein der Erwachsenenbildung, der innerhalb Sachsens Veranstaltungen und Seminare zu Themen rund um Rassismuskritik, Empowerment, Demokratie, Diskriminierung und Migrationspädagogik anbietet. Die im Verein als Honorarkräfte, haupt- und teilweise ehrenamtlich tätigen Menschen setzen unterschiedliche Projekte im genannten Themenspektrum um.

[www.pokubi-sachsen.de](http://www.pokubi-sachsen.de)

## Aussteigerprogramm Sachsen

Das Aussteigerprogramm unterstützt Personen, die sich im Einflussbereich extremistischer Gruppen oder Handlungszusammenhängen befinden, sich aus diesen lösen wollen oder hierfür Unterstützung benötigen. Ziel ist es, Aussteiger\_innen einen Neustart in der Gesellschaft zu ermöglichen. Darüber hinaus werden Eltern, Angehörige und Freunde im Umgang mit Krisen- und Konfliktsituationen unterstützt.

[www.aussteigerprogramm-sachsen.de](http://www.aussteigerprogramm-sachsen.de)

## Antidiskriminierungsbüro Sachsen e. V.

ist zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Diskriminierung in Sachsen. Der Verein bietet zeitnahe und direkte Unterstützung durch Einzelfallhilfe mit professioneller Beratung, emotionale Unterstützung und Stärkung des Selbsthilfepotenzials. Er bietet außerdem Weiterbildungen für Themen rund um Diskriminierung an – so u.a. zu Antidiskriminierungsrecht oder präventiven Strategien gegen Diskriminierung.

[www.adb-sachsen.de](http://www.adb-sachsen.de)

## Demokratie-Zentrum Sachsen

Das Demokratie-Zentrum vernetzt staatliche und nichtstaatliche Akteure, die sich für die Stärkung der Demokratie und gegen menschenfeindliche Bewegungen im Freistaat Sachsen engagieren. Ein Beratungsnetzwerk verschiedener Träger arbeitet sowohl im Bereich Prävention als auch im Bereich Intervention. Das Demokratie-Zentrum ist Teil des Bundesprogramms »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

[www.demokratiezentrum.sachsen.de](http://www.demokratiezentrum.sachsen.de)

## Didaktik der politischen Bildung an der TU Dresden

Die Professur für Didaktik der politischen Bildung an der Technischen Universität Dresden ist die einzige politikdidaktische Professur im Bundesland Sachsen. Entsprechend ergibt sich ein umfangreiches Aufgabenfeld. Zu den besonderen Forschungs- und Arbeitsschwerpunkten, die an der Professur bearbeitet werden, gehören: Inklusion und Politische Bildung, Kulturelle und politische Bildung, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Herausforderung für die politische Bildung und Medien in der politischen Bildung.

[www.tu-dresden.de/gsw/phil/powi/dpb](http://www.tu-dresden.de/gsw/phil/powi/dpb)

## Starke Lehrer – Starke Schüler

Mit dem Modellprojekt werden Berufsschullehrer\_innen im Umgang mit rechtsaffinen Schüler\_innen durch Workshops und Supervision begleitet und unterstützt. Das Projekt befindet sich seit Anfang 2019 in der Transferphase, die vom Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) in Radebeul organisatorisch verantwortet und von der TU Dresden konzeptionell begleitet wird. Ziel dieses Transfers ist es, Erfahrungen und bewährte Formate für weitere Schulen in Sachsen zur Verfügung zu stellen.

[www.schule.sachsen.de/24054.htm#](http://www.schule.sachsen.de/24054.htm#)

# Literaturempfehlungen

Das NDC Sachsen veröffentlichte eine kurze **Übersicht zu Neutralität an Schulen**. Diese ist online unter [www.netzwerk-courage.de/Sachsen](http://www.netzwerk-courage.de/Sachsen) abrufbar.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte veröffentlichte die Analyse **„Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?“** Diese ist online abrufbar.

Das Landesamt für Schule und Bildung in Sachsen veröffentlichte eine Handreichung mit dem Titel **„Herausforderungen politischer Bildung und pädagogischen Handelns an sächsischen Schulen – eine Fallbeispielsammlung“**. Diese ist online abrufbar.

Das NDC Sachsen veröffentlichte gemeinsam mit dem Kulturbüro Sachsen die Broschüre **„Auch das noch?! Informationen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit an Schulen“**. Diese ist online abrufbar.

Das NDC Sachsen veröffentlichte gemeinsam mit dem Deutschen Hygiene-Museum Dresden die Broschüre **„Rassismus: Die Erfindung von Menschenrassen – Eine Handreichung für die Schule“**, beruhend auf der gleichnamigen Ausstellung 2018/2019. Diese ist online abrufbar.

Über die meist verbreiteten Erkennungszeichen, die die extreme Rechte nutzt, um ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu tragen, informiert der Flyer **„Achtungszeichen! Codes und Styles der extremen Rechten und ihrer Organisationen“**, veröffentlicht vom NDC Sachsen. Online abrufbar.

Das 2017 von einem Expertengremium im Auftrag des sächsischen Staatsministeriums für Kultus erarbeitete Grundsatzpapier **„W wie Werte“** dient als Handlungskonzept für demokratische Schulentwicklung sowie politische und historische Bildung in sächsischen Schulen. Es ist online abrufbar.

